

Weiss die Bevölkerung zu wenig über kriminelle Clans?

Der Dietiker Stadtrat soll aufzeigen, was gegen die Ausbreitung des organisierten Verbrechens unternommen wird.

Florian Schmitz

Dass die Schweiz ein attraktives Pflaster für das organisierte Verbrechen ist, zeigen immer mehr Medienberichte in den letzten Jahren. «Die Schweiz wird von kriminellen Clans unterwandert», titelte Journalist Henry Habegger in seinem mehrteiligen Clanreport in der Limmattaler Zeitung vor knapp zwei Monaten. Darin zeigt er auf, wie kriminelle Organisationen etwa Barbershops oder Nailstudios für ihre Geschäfte nutzen und dass die Behörden sich mit deren Bekämpfung schwertun.

Das Thema treibt auch den Dietiker FDP-Gemeinderat Peter Metzinger um. In den letzten Jahren hätten sich die Hinweise verdichtet, dass die organisierte Kriminalität insbesondere in städtischen Gebieten wie Dietikon an Einfluss gewinne, schreibt er in einer neu eingereichten Interpellation mit 13 Mitunterzeichnenden von FDP, GLP, Mitte, SP, Grüne und Gamfa. Die auffällige Anhäufung von verschiedenen Geschäften in bestimmten Vierteln, die meist mit einer scheinbar tiefen Kun-

denfrequenz einhergehe, werfe Fragen nach deren finanziellen Lebensfähigkeit auf und habe zu einer erhöhten Besorgnis in der Bevölkerung geführt. Denn es entstehe der Verdacht, dass einige dieser Betriebe in illegale Aktivitäten wie Drogengeschäfte, Menschenhandel und Geldwäscherei involviert sein könnten.

«Unsicherheiten und Forderung nach Kontrollen»

In der Bevölkerung sei das Wissen, wie die städtischen Behörden und die Polizei gegen dieses Treiben vorgehen, nicht ausreichend verbreitet, schreibt Metzinger. «Dies führt zu Unsicherheiten und der Forderung nach verstärkten Kontrollen.» Zunächst will er wissen, wie der Stadtrat die aktuelle Situation in Dietikon bezüglich der organisierten Kriminalität und ihrer Verwicklung mit Gewerbebetrieben einschätzt.

Weiter fragt er, welche behördlichen Stellen auf städtischer und kantonaler Ebene für die Überwachung und Kontrolle verdächtiger Betriebe zuständig sind. Und wie der Informa-



FDP-Gemeinderat Peter Metzinger fragt den Stadtrat, wie die städtischen Behörden zusammen mit der Polizei gegen die organisierte Kriminalität vorgehen.

Archivbild: Florian Schmitz

tionsaustausch zwischen diesen Stellen und der Stadtpolizei Dietikon koordiniert wird, um eine effektive Überwachung zu gewährleisten und wenn nötig

eingreifen zu können. Metzinger bittet den Stadtrat zudem, aufzuzeigen, was er bereits zusammen mit der Kantonspolizei unternimmt, um der Aus-

breitung der organisierten Kriminalität entgegenzuwirken. «Welche zusätzlichen Mittel könnten hierbei zum Einsatz kommen?», fragt er und bringt beispielhaft eine intensivere Überprüfung von Konkursen und Steuererklärungen sowie befristete Vergaben von Gewerbepatenten ins Spiel.

Zuletzt soll der Stadtrat ausführen, inwieweit er vorhandene rechtliche und administrative Ressourcen ausnutzt, um verdächtige Betriebe zu kontrollieren und das organisierte Verbrechen einzudämmen. Dabei will Metzinger spezifisch wissen, ob alle vorhandenen Mittel auch genutzt werden und wie das Problem gelöst werden könnte, falls die Mittel nicht ausreichen.

Die Bekämpfung des organisierten Verbrechens erfordere auch eine verstärkte Koordination und Unterstützung durch kantonale und bundesweite Massnahmen, schreibt Metzinger. Aber es sei wichtig, zeitnah zu handeln, damit die Bevölkerung noch stärker darauf vertrauen könne, dass die lokale Politik und Verwaltung effektiv vorgehen.

Netto-Null: Erst 2040, nun 2050

Krebst die Stadt Schlieren bei ihren hehren Klimazielen zurück? Vor noch nicht allzu langer Zeit hat sie sich das Ziel Netto-Null bis 2040 gesteckt. Nun heisst es etwas vorsichtiger: «Die Stadt strebt an, die Treibhausgasneutralität bis 2040, spätestens aber bis 2050 zu erreichen.» Das steht so in einem aktuellen Stadtratsbeschluss zum neuen Energieplan 2023, den der Stadtrat demnächst dem Parlament vorlegt.

Werkvorstand Beat Kilchenmann (SVP) beruhigt: «Wir haben das Ziel nicht angepasst», sagt er auf Anfrage. «Nach wie vor streben wir Netto-Null bis 2040 an, für die städtische Verwaltung sogar 2030.» Allerdings sei bei solchen Zielen nie garantiert, dass man sie tatsächlich einhalten könne. Man unternehme aber alle Anstrengungen, um 2040 zu erreichen. Der Kanton Zürich hält es gleich: Auch der Regierungsrat kommunizierte, dass der Kanton das Ziel bis 2040, spätestens aber 2050 erreichen wolle.

Der Stadtrat orientierte sich beim neuen Energieplan an den aktuellen Klima-Zielen von Bund und Kanton. Das Volk hat 2023 dem «Klima- und Innovationsgesetz» zugestimmt und damit Netto-Null 2050 im Gesetz verankert. Auf Kantonebene hat das Volk 2022 den Klimaschutzartikel angenommen.

Das Gas wird definitiv gestrichen